

Whistleblower-Politik

Policennummer Ca003

Dieses Dokument wurde mit KI automatisch aus dem Englischen übersetzt



Dokumentenmanagement

Besitzer	BME Group Legal
Rezensent	BME Group Legal
Gutachter	BME Group Management Board
Erstes Ausgabedatum	15/04/2022
Ausgabeabteilung	Rechtlich
Speicherort	Website der BME Group
IA Letztes Überprüfungsdatum	06/06/2025
IA Nächstes Überprüfungsdatum	30/06/2026
IA-Überprüfungszyklus	Jährlich im zweiten Quartal

Überarbeitungsgeschichte

Versions-ID	Überarbeitungsdatum	Autor	Grund
V.1.0 – 2022		BME Group Legal	
V.2.0 – 2025	06/06/2025	BME Group Legal	Aktualisierung eines neuen Whistleblower-Mechanismus

Inhalt

Definitionen und Abkürzungen	4
1. Allgemeine Informationen	5
Hintergrund/Einführung	5
Zweck und Aufbau	5
Umfang & Anwendung	5
Verweise auf Gesetzgebung und (interne) Vorschriften	5
2. Berichtslinien	6
Berichterstattung	6
Vertraulichkeit und Anonymität des Berichts	7
Form des Berichts	7
Nach Erhalt des Berichts	7
Öffentliche Offenlegung	8
3. Unterstützung, Schutz, Disziplinarmaßnahmen	10
Unterstützung	10
Schutz	10
Disziplinarmaßnahmen	10

Definitionen und Abkürzungen

BME oder BME-Gruppe	Baumaterialien Europa B.V. Wenn in dieser Richtlinie auf BME oder die BME Group Bezug genommen wird, gilt dies auch für alle Gruppengesellschaften der BME Group.
BME-Mitarbeiter	Mitarbeiter der BME Group, einschließlich derjenigen, die Teilzeit arbeiten oder feste oder befristete Verträge haben, einschließlich aller Geschäftsführer und Mitglieder des Vorstands, des Aufsichtsrats der BME Group sowie jeder Person, die unter der Verantwortung und Anweisung der BME Group handelt.
BME Group Company	Unternehmen, die Teil der BME-Gruppe sind.
Bruch	<p>Eine Handlung oder Unterlassung, die dazu führt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein Verstoß gegen ein internationales oder nationales Recht oder eine Verordnung; • jegliche Bedrohung oder Beeinträchtigung des allgemeinen Interesses, einschließlich; <ul style="list-style-type: none"> ○ ein Risiko für die öffentliche Gesundheit; ○ ein Risiko für die Sicherheit von Personen; ○ ein Risiko für die Umwelt; ○ ein Risiko für das ordnungsgemäße Funktionieren der Organisation, verursacht durch unangemessenes Handeln oder Fahrlässigkeit; ○ (eine Drohung mit) vorsätzlicher Zurückhaltung, Vernichtung oder Manipulation von Informationen über die oben genannten Fakten; • ein Verstoß gegen die innerhalb der BME Group geltenden Werte und Geschäftsprinzipien oder eine Richtlinie der BME Group.
Ermittlungsteam	Verantwortlich für die Durchführung der Ermittlungen.
Politik	Whistleblower-Richtlinie (diese Richtlinie).
Meldende Person	Personen, die einen Verstoß im Zusammenhang mit der BME Group im arbeitsbezogenen Kontext beobachtet oder vermutet haben und gemäß dieser Richtlinie eine Meldung eingereicht haben.

1. Allgemeine Informationen

Hintergrund/Einführung

Als Unternehmen verpflichten wir uns, unser Geschäft nach den höchsten ethischen Standards zu führen. Dazu gehört, eine Atmosphäre zu schaffen, in der alle Mitarbeiter sich befähigt fühlen, sich zu äußern, wenn sie einen Schaden vermuten oder beobachten.

Zweck und Aufbau

Diese Richtlinie beschreibt, was eine Person tun sollte, wenn sie einen Verstoß vernünftigerweise vermutet oder beobachtet. Sich zu äußern, wenn jemand jegliches Fehlverhalten im Sinne dieser Richtlinie vermutet oder beobachtet, ist für die BME Group von großer Bedeutung.

Umfang & Anwendung

Rollen und Verantwortlichkeiten der Politikumsetzung

Die Richtlinie sollte unter der Leitung von BME Group Legal and Compliance umgesetzt werden. Jedes BME Group Company muss eine Person beauftragen, die für die Umsetzung und Überwachung der Einhaltung dieser Richtlinie verantwortlich ist und alle lokal geltenden Gesetze und Vorschriften durchsetzt.

Für wen gilt diese Richtlinie

Diese Richtlinie gilt für alle Personen, die einen Verstoß im Zusammenhang mit der BME Group im arbeitsbezogenen Kontext beobachtet oder vermutet haben, einschließlich (aber nicht beschränkt auf):

- BME-Mitarbeiter;
- alle anderen Personen, die für die BME Group arbeiten, entweder selbstständig oder unter der Aufsicht und Leitung von Auftragnehmern, Subunternehmern und Lieferanten;
- Aktionär;
- Lieferanten.

Der in dieser Richtlinie beschriebene Schutz der meldenden Personen gilt auch für Personen, die die meldenden Personen unterstützen, wie etwa einen Berater, Anwalt, Kollege, Gewerkschaftsvertreter oder Familienmitglied.

BME Group Companies, auf die diese Richtlinie Anwendung findet

Diese Richtlinie gilt für alle BME-Gruppenunternehmen.

Verweise auf Gesetzgebung und (interne) Vorschriften

Diese Richtlinie berücksichtigt relevante Gesetze und Vorschriften und legt den Mindeststandard für BME-Gruppengesellschaften und BME-Mitarbeiter fest. Wenn das lokale Recht restriktiver ist als diese Richtlinie, sollte das lokale Recht eingehalten werden. In allen anderen Fällen gilt diese Richtlinie.

2. Berichtslinien

Berichterstattung

Personen, die einen Verstoß beobachten oder begründeten Grund haben, einen Verstoß zu vermuten, werden ermutigt, sich zu äußern. Es gibt mehrere Ressourcen, auf die Sie sich wenden können, wenn Sie sich über den richtigen Weg unsicher sind oder ein Thema besprechen möchten, das Sie betrifft:

- Ihr direkter Vorgesetzter;
- dem Geschäftsführer, dem Finanzdirektor oder dem Personaldirektor Ihres BME-Gruppenunternehmens;
- dem Group General Counsel oder dem Group Head of Internal Audit;
- die BME Speak-Up-Hotline.

Meldende Personen sollten sich bewusst sein, dass die BME Speak-Up Hotline auch für anonyme Meldungen genutzt werden kann. Diese Hotline wird von einer externen Partei verwaltet und bietet die Möglichkeit, ein Problem zu melden und die Entwicklungen in einer anschließenden Untersuchung zu verfolgen, wobei Anonymität bei Bedarf gewährleistet ist.

Die Kontaktdaten der BME Speak-Up Hotline sind:



- Web-Aufnahmeformular: <https://bme.speakup.report/EN-GB/hotline/home>
- Lokale (gebührenfreie) Telefonnummern:

Land	Telefonnummer
Belgien	0800 89 326
Frankreich	0800 554 3753
Deutschland	0800 181 8952
Niederlande	0031 107 007 503
Portugal	800 831 302
Spanien	0034 900 031 156
Schweiz	0800 00 56 91

Die BME Group ermutigt meldende Personen, die internen Möglichkeiten zu nutzen, um einen vermuteten Verstoß zu melden, bevor sie extern an die zuständigen Behörden melden. Wenn eine meldende Person eine vermutete Verletzung einer zuständigen Behörde meldet, bleibt sie Anspruch auf den in dieser Richtlinie beschriebenen Schutz.

Meldende Personen werden ermutigt, weitere Anliegen über diese Richtlinie zu äußern, wenn sie dies für angemessen halten, auch wenn ihre Anliegen nicht in dieser Richtlinie aufgeführt sind.

Vertraulichkeit und Anonymität des Berichts

- Alle, die am Meldeprozess beteiligt sind, werden größte Sorgfalt walten lassen, um die Vertraulichkeit der Informationen über den gemeldeten (vermuteten) Datenbruch zu schützen. Der Bericht (und die dazugehörigen Informationen) werden so aufbewahrt, dass er nur physisch und digital für diejenigen zugänglich ist, die an der Berichterstattung beteiligt sind. Diese Gruppe wird so begrenzt wie möglich sein.
- Die Identität der meldenden Person oder jegliche Informationen, durch die ihre/ihre Identität direkt oder indirekt zurückverfolgt werden könnten, dürfen ohne ihre Zustimmung nicht offengelegt werden.
- Wenn eine meldende Person ihre Identität dem Ermittlungsteam nicht offenlegen möchte, wird die gesamte Korrespondenz an eine von der meldenden Person gewählte Empfängerin – zum Beispiel an die externe BME Speak-Up-Hotline – mit der Aufforderung, sie sofort an die meldende Person weiterzuleiten.
- Kommt es zu einer Situation, in der die Anonymität der meldenden Person nicht mehr gewährleistet werden kann, wird sie im Voraus gefragt, ob sie ihre Meldung aufrechterhalten möchte. In jedem Fall werden die Interessen der meldenden Person mit Sorgfalt behandelt und sie hat Anspruch auf Schutz.
- In bestimmten Situationen kann es notwendig sein, die Identität der Person(en) mitzuteilen, die der Bericht betrifft. Dazu könnte auch die Identität der meldenden Person gehören, falls sie sich entschieden hat, ihre Identität preiszugeben. Beispiele sind, wenn es Folgendes gibt:
 - die (rechtliche) Verpflichtung, (Vorfälle) an (aufsichts)Behörden zu melden;
 - die (rechtliche) Verpflichtung, im Rahmen einer Untersuchung oder gerichtlicher Verfahren, die im Zusammenhang mit dem Bericht eingeleitet wurden, als Zeuge gegenüber den zuständigen Personen/Stellen zu antworten.

Wenn eine Offenlegung erforderlich ist, wird die beteiligte Person im Voraus benachrichtigt, es sei denn, eine solche Benachrichtigung gefährdet die damit verbundene Untersuchung oder das Gerichtsverfahren. Die Mitteilung enthält eine schriftliche Erklärung der Gründe für die Offenlegung.

Form des Berichts

- Berichte können in jeglicher Form gemacht werden, auch schriftlich (auch per E-Mail) oder mündlich per Telefon oder einem anderen Sprachnachrichtensystem.
- Im Falle eines (teil) mündlichen Berichts sorgt der Empfänger dafür, dass das Gespräch in einer dauerhaften und abrufbaren Form (mit vorheriger Zustimmung der meldenden Person) aufgezeichnet wird oder eine vollständige und genaue schriftliche Aufzeichnung verfasst wird. Die meldende Person muss diesen schriftlichen Eintrag überprüfen, korrigieren (wo erforderlich) und genehmigen.

Nach Erhalt des Berichts

- Alle gemeldeten Vorfälle werden zur Bewertung und weiteren Verteilung an BME Group Legal weitergeleitet.
- Die meldende Person erhält innerhalb von sieben Tagen nach ihrer Meldung eine Bestätigung des Erhalts.
- Berichte werden in einem dafür eingerichteten System registriert. Die Daten zu einem Bericht werden gemäß den geltenden Gesetzen und Vorschriften nicht länger als nötig gespeichert.
- Nachdem der Bericht erstellt wurde, wird eine Untersuchung gemäß dem Untersuchungshandbuch der BME-Gruppe durchgeführt.
- Das Ermittlungsteam informiert die in einem Bericht betroffene Person in der Regel darüber, dass Bedenken in Bezug auf sie oder sie geäußert wurden. Das Ermittlungsteam wird diese Benachrichtigung innerhalb angemessener Zeit vornehmen und die Interessen der Untersuchung berücksichtigen. Das Ermittlungsteam wird alle angemessenen Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass die in den Bericht verwickelte Person die Identität der meldenden Person erfährt, die die Meldung eingereicht hat. Das Ermittlungsteam stellt außerdem sicher, dass die Identität aller im Bericht genannten dritten Parteien geschützt wird.
- Sofern zutreffend, wird der meldende Person die Möglichkeit geboten, während der Untersuchung vom Ermittlungsteam gehört zu werden. Wenn die meldende Person anonym gemeldet hat, können Fragen schriftlich über einen ausgewählten Empfänger gestellt werden – zum Beispiel die BME Speak-Up-Hotline – der gebeten wird, jegliche Korrespondenz an die meldende Person weiterzuleiten, die die Fragen schriftlich und anonym beantworten kann. Der Empfänger wird gebeten, alle Antworten der meldenden Person an das Ermittlungsteam weiterzuleiten.
- Innerhalb eines angemessenen Zeitraums, höchstens drei Monate ab Erhalt der Meldung, wird das Untersuchungsteam der meldenden Person Rückmeldung zu dem gemeldeten (begründeten Verdacht auf einen) Datenverstoß geben. Es werden Informationen über die Bewertung und, wo zutreffend, zur Nachverfolgung des Berichts bereitgestellt.
- Wenn gewünscht, erläutert das Untersuchungsteam seine Einschätzung des Berichts in einem Treffen mit der meldenden Person.

- Die Notwendigkeit von Vertraulichkeit, Datenschutz und anderen Überlegungen können das Untersuchungsteam daran hindern, der meldenden Person (spezifische) Details zur Untersuchung oder zu etwaigen abhelfenden und disziplinarischen Maßnahmen zu geben. Alle Informationen, die mit der meldenden Person über die Untersuchung und die ergriffenen Maßnahmen geteilt werden, müssen vertraulich behandelt werden.

Öffentliche Offenlegung

Im Falle einer öffentlichen Offenlegung durch die meldende Person (in den Medien) kann sie Anspruch auf den in dieser Richtlinie beschriebenen Schutz haben, zumindest wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist:

- die meldende Person meldete zunächst intern und/oder extern in Übereinstimmung mit dieser Richtlinie, aber es wurden keine angemessenen Maßnahmen als Reaktion auf die Meldung ergriffen (z. B. keine Maßnahmen innerhalb des beschriebenen Zeitraums).
- die meldende Person hat berechtigten Grund zu der Annahme, dass:
 - der Verstoß kann eine unmittelbare oder offensichtliche Gefahr für das öffentliche Interesse darstellen, etwa wenn ein Notfall oder ein Risiko irreversibler Schäden besteht; oder
 - im Falle externer Berichterstattung besteht das Risiko von Vergeltung oder die Wahrscheinlichkeit, dass der Verstoß wirksam behandelt wird, aufgrund der besonderen Umstände des Falls. Dies könnte beispielsweise der Fall sein, wenn Beweise verborgen oder vernichtet werden oder wenn eine Behörde mit dem Täter des Vertragsbruchs in Zusammenarbeit ist oder in den Bruch verwickelt ist.

3. Unterstützung, Schutz, Disziplinarmaßnahmen

Unterstützung

Die meldende Person kann den General Counsel der BME Group oder einen vertraulichen Berater vertraulich bezüglich eines (begründeten Verdachts von) einem Verstoß konsultieren und, falls gewünscht, von diesem Berater vertreten werden.

Schutz

Meldende Personen sind geschützt, wenn:

- die Meldung eines (begründeten Verdachts von) einem Verstoß erfolgt gemäß dieser Richtlinie, und
- wenn sie vernünftigen Grund haben zu glauben, dass die Informationen über den (verdächtigen) Datenverstoß zum Zeitpunkt der Meldung korrekt waren.

Der Schutz umfasst:

- Schutz vor Vergeltung jeglicher Form, einschließlich Suspendierung, Entlassung, Degradierung, Verweigerung von Beförderungen, Übertragung von Aufgaben, Zurückhaltung von Schulungen, negativer Leistungsbewertung, disziplinarischer Maßnahme, Einschüchterung, Belästigung, Diskriminierung oder unfairer Behandlung;
- Umkehrung der Beweislast in jeglichen Gerichtsverfahren. Wenn die meldende Person behauptet, wegen ihrer Meldung vergeltung worden zu sein, muss die BME Group das Gegenteil beweisen;
- Entschädigung der Kosten des rechtlichen Verfahrens im Zusammenhang mit dem Fall.

Darüber hinaus wird die meldende Person nicht für weitere negative Auswirkungen im Zusammenhang mit der Meldung des (vermuteten) Verstoßes wie die Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen, Urheberrechtsverletzung oder die Vertraulichkeitspflicht haftbar, sofern sie korrekt davon ausging, dass dies notwendig ist, um einen Datenverstoß zu melden.

Dieser Schutz der meldenden Person gilt auch für:

- Vermittler wie natürliche Personen, die eine meldende Person im Berichtsprozess im arbeitsbezogenen Kontext unterstützen und deren Unterstützung vertraulich sein sollte;
- Personen, die mit der meldenden Person verbunden sind und im arbeitsbezogenen Kontext Vergeltungsmaßnahmen erleiden könnten, wie Kollegen oder Verwandte;
- juristische Personen, die die meldende Person besitzen oder mit denen sie in einem arbeitsbezogenen Kontext verbunden ist.

Disziplinarmaßnahmen

Jeder, der diese Richtlinie missbraucht, hat keinen Anspruch auf den in dieser Richtlinie beschriebenen Schutz und kann disziplinarischen Maßnahmen unterliegen. Ein Beispiel ist, eine Meldung mit falschen Informationen zu erstellen, obwohl sie wissen, dass sie nicht wahr sind. Maßnahmen können bis hin zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses ohne Vorankündigung sowie mögliche rechtliche Sanktionen umfassen.

Jeder, der eine Meldung behindert, die nach den in dieser Richtlinie beschriebenen Verfahren eingereicht wird, kann disziplinarischen Maßnahmen unterliegen. Ein Beispiel ist die falsche Offenlegung der Identität einer meldenden Person. Maßnahmen können bis hin zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses ohne Vorankündigung sowie mögliche rechtliche Sanktionen umfassen.